

Arbeitskreis für Landes- und Ortsgeschichte
im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine
70173 Stuttgart, Konrad-Adenauer-Straße 4

P r o t o k o l l
der 113. Sitzung am 15. Mai 2009
in Stuttgart

Thema: ***Jüdisches Leben im deutschen Südwesten vom Kaiserreich
bis zum demokratischen Neubeginn nach 1945***

Dauer: 14.30 – 18.30 Uhr

Leitung: Nicole Bickhoff

Teilnehmer: Siehe Anhang

Redaktion: Nicole Bickhoff

Inhaltsverzeichnis:	Begrüßung von Dr. Albrecht Ernst	S. 2
	Begrüßung und Einführung von Dr. Nicole Bickhoff	S. 2
	Vortrag von Martin Ulmer, Tübingen: <i>Antisemitismus in Stuttgart während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik</i>	S. 5
	Vortrag von Susanne Rueß, Stuttgart: <i>Stuttgarter jüdische Ärzte in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine biographische Studie</i>	S. 14
	Vortrag von Dr. Joachim Hahn, Stuttgart: <i>Die israelitische Religionsgemeinschaft in Württemberg nach 1945</i>	S. 18
	Anhang: Teilnehmerliste	S.

Albrecht Ernst: Begrüßung

Als Vorsitzender des Verbandes der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine begrüße ich Sie zur 113. Sitzung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte. Zu dieser Veranstaltung in den Räumen des Hauptstaatsarchivs Stuttgart heiße ich Sie herzlich willkommen.

Der Arbeitskreis ist ein Organ des 1927 gegründeten Verbandes, der sich als Gesprächsforum und als Interessenvertretung der historischen Vereinigungen im Lande versteht. Als Dachorganisation zählt er heute rund 70 institutionelle Mitglieder, Geschichtsvereine von der Tauber bis zum Bodensee, denen fast 30.000 Einzelmitglieder angehören.

Ein wichtiges Organ des Verbandes ist der seit 1952 bestehende Arbeitskreis für Landes- und Ortsgeschichte, dessen zweimal im Jahr stattfindende Tagungen allen Mitgliedsvereinen offen stehen. In den vielfältigen Themen der zurückliegenden Sitzungen spiegeln sich fast 60 Jahre landesgeschichtlicher Forschung im deutschen Südwesten – von der Wüstungsforschung, über die Wirtschaftsgeschichte- und Sozialgeschichte bis hin zu mikrohistorischen Untersuchungen. Seit dem Frühjahr 2003 hat Kollege Dr. Peter Rückert den Arbeitskreis geleitet. In den zurückliegenden sechs Jahren hat er 12 Tagungen verantwortet, deren inhaltlicher Schwerpunkt auf dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit lag. Mit einem bemerkenswerten Spektrum fesselnder Themen, die vom württembergischen Hof des 15. Jahrhunderts bis zur Geschichte des Landtags, von der Landnutzung und Landschaftsentwicklung bis zur Renaissancekultur reichen, hat er den Arbeitskreis in seiner Binnen- und Außenwirkung nachhaltig bereichert. Neben den Sitzungsprotokollen liegen als wissenschaftlicher Ertrag drei schöne Bände vor, für deren Herausgabe wir Herrn Rückert sehr dankbar sein dürfen. Im vergangenen Jahr hat Herr Rückert von Herrn Professor Maurer die Schriftleitung der ZWLG übernommen; und da der Tag auch für ihn nur 24 Stunden zählt, war es unvermeidlich, dass die Leitung des Arbeitskreises in andere Hände übergehen musste. Für Dein erfolgreiches Wirken, für Dein Engagement, für Deine der Sache dienende Kontaktfreude danke ich Dir, lieber Peter, in unser aller Namen ganz herzlich!

Der Übergang in der Leitung des Arbeitskreises ging geräusch- und reibungslos vonstatten. Die Mitgliederversammlung des Verbandes hat Frau Dr. Nicole Bickhoff, die Leiterin des Hauptstaatsarchivs und somit unsere Hausherrin, mit dieser Aufgabe betraut. Frau Bickhoff ist den meisten von Ihnen längst bekannt, ist sie doch mit Ausstellungen, Tagungen und Vorträgen zur Musikhochschule und über Königin Olga von Württemberg auch in unserer Runde in Erscheinung getreten.

In Nordrhein-Westfalen geboren, studierte Frau Bickhoff 1975-1981 Geschichte und Katholische Theologie an der Ruhruniversität Bochum, 1984 wurde sie an der Universität Osnabrück über "Die Juden in der griechisch-römischen Welt" promoviert. 1984-1986 absolvierte sie die Ausbildung für den höheren Archivdienst am Landeshauptarchiv Koblenz und der Archivschule Marburg. Seit November 1986 ist sie in der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg tätig, zunächst als Referentin an den Staatsarchiven Sigmaringen und Ludwigsburg, dann als Leiterin der Archivfachlichen Grundsatzabteilung in der Landesarchivdirektion bzw. im Landesarchiv Baden-Württemberg, wo sie seit 2000 Ständige Stellvertreterin des Präsidenten war. Seit 27.03.2006 ist sie Leiterin des Hauptstaatsarchivs Stuttgart im Landesarchiv Baden-Württemberg. Neben archivfachlichen Veröffentlichungen zur Überlieferungsbildung und Erschließung trat Frau Bickhoff mit Untersuchungen zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hervor. Sie ist Mitglied im Beirat des WGAV, ordentliches Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunden Baden-Württemberg und nimmt einen Lehrauftrag am Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen wahr. Liebe Frau Bickhoff, ich danke Ihnen für die Übernahme dieser neuen Aufgabe und wünsche Ihnen für die Planung, Konzeption und Durchführung der künftigen Arbeitskreis-Sitzungen eine glückliche Hand.

Dass Geschichte mancherlei Facetten, Licht und Schatten aufweist, dass sie mitunter eine Last sein kann, war Johann Wolfgang von Goethe sehr wohl bewusst. Deshalb blickte der Weimarer Dichterkönig neidvoll auf die Neue Welt und reimte:

*Amerika, Du hast es besser
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Basalte.
Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit.*

Möglicherweise mit ironischem Unterton klingt in diesen Zeilen an, dass das Erinnern unnützlich, ja ein Hemmschuh für das Leben in der Gegenwart sei. Das Nicht-Vergessen-Können kann Menschen zugrunde richten. Historische Erinnerung, die oft auch mit Schmerz, mit dem Gedenken an Leid, Vertreibung oder Tod verknüpft ist, kann die Züge eines Alptraums annehmen. Und doch sollten wir uns der Geschichte stellen, Verantwortung übernehmen, vielleicht auch versuchen, aus ihr zu lernen.

Liebe Frau Bickhoff, für die erste von Ihnen konzipierte Sitzung haben Sie ein Thema gewählt, das so mancher im Goetheschen Sinne als Last, als schwere Hypothek empfinden mag, und doch werden uns die Vorträge lehren, dass es sich lohnt, sich zu erinnern, kritisch

nachzufragen und ein Standpunkt im Fluss der Zeit zu gewinnen. Vielen Dank und einen guten Start!

Nicole Bickhoff: Begrüßung und Einführung in das Thema

Ich darf Sie auch von meiner Seite herzlich zur 113. Sitzung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte begrüßen. Mein besonderer Gruß gilt den Referenten und der Referentin des heutigen Nachmittags, Frau Susanne Rueß, Herrn Dr. Joachim Hahn und Herrn Martin Ulmer. Ich freue mich sehr, dass auch die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs durch Herrn Landesrabbiner Wurmser vertreten ist und grüße Herrn Wurmser herzlich.

Bevor wir zum eigentlichen Thema der heutigen Sitzung kommen, möchte ich noch Herrn Dr. Rückert meine Anerkennung für seine langjährige erfolgreiche Wahrnehmung der Leitung des Arbeitskreises aussprechen und mich für das Vertrauen bedanken, das mir mit der Übertragung des Arbeitskreises entgegengebracht worden ist. Ich freue mich auf die neue Aufgabe und die Gestaltung der Sitzungen des Arbeitskreises und hoffe, dass es mir gelingen wird, zukünftig Themen aufzugreifen, die Ihr Interesse finden. Der Sitzungsrhythmus mit zwei Sitzungen im Frühjahr und Herbst wird selbstverständlich beibehalten.

Der Arbeitskreis soll weiterhin ein Forum sein, um neue Forschungsergebnisse zur Landesgeschichte vorzustellen und zu diskutieren. Darüber hinaus können die Themen auch an aktuellen Gegebenheiten wie Jubiläen anknüpfen; ebenso sind sitzungsübergreifende Themenreihen geplant. Gern greife ich auch Vorschläge auf, die aus dem Teilnehmerkreis an mich herangetragen werden.

Kommen wir nun zu der heutigen Sitzung, die dem Thema *Jüdisches Leben im deutschen Südwesten - Vom Kaiserreich bis zum demokratischen Neuanfang nach 1945* gewidmet ist. Die Auswahl des Themas hat einen aktuellen Bezug, den Sie beim Betreten des Hauses bemerkt haben werden. Schwerpunkt der Bildungsarbeit des Landesarchivs ist in diesem Jahr die Geschichte der Juden in Südwestdeutschland, und als Beitrag dazu hat das Hauptstaatsarchiv in der letzten Woche die Ausstellung *Zwischen Verfolgung und Tod: Die Dokumentation jüdischer Schicksale im Hauptstaatsarchiv Stuttgart* eröffnet. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die *Dokumentationsstelle zur Erforschung der Schicksale der jüdischen Bürger während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit* - kurz: Dokumentationsstelle genannt. Diese Stelle wurde 1962 auf Beschluss der Landesregierung am Hauptstaatsarchiv eingerichtet und hatte die Aufgabe,

- die persönlichen Schicksale der jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln;
- die Zeugnisse über nationalsozialistische Maßnahmen der Judenverfolgung zusammenzustellen;
- sowie eine Dokumentation über die jüdischen Gemeinden in den ehemaligen Ländern Baden, Württemberg und Hohenzollern zu erstellen.

Bis zu ihrer Auflösung Ende des Jahres 1968 erarbeitete die Dokumentationsstelle unter ihrem Leiter Paul Sauer eine sechsbändige Publikation, die Sie vermutlich alle kennen und die Standardwerke geworden sind. Der letzte Band wurde im Mai 1968 – also vor genau 40 Jahren – publiziert. Dieses Jubiläum war auch ein Anlass für die Ausstellung. Die heutige Sitzung ist daher auch als Begleitveranstaltung zur Ausstellung zu verstehen. Sie greift aber zeitlich weiter: Die heutigen Vorträge umfassen den Zeitraum vom Kaiserreich 1871 bis zum demokratischen Neuanfang bis 1952. Räumlich richtet sich der Blick auf den Südwesten, speziell auf Württemberg, und in den ersten beiden Vorträgen noch enger auf die Landeshauptstadt Stuttgart.

Bevor wir zum ersten Vortrag kommen, vergegenwärtigen wir uns kurz die Ausgangslage im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Der zentrale Prozess der deutsch-jüdischen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist die Emanzipation der Juden, also ihre rechtliche, politische und soziale Gleichstellung. Mit der Vergrößerung des Territoriums durch vorderösterreichische, fürstliche und reichsritterschaftliche Gebiete erhielt das neu begründeten Königreich Württemberg auch einen Zuwachs von circa 7.000 Juden; bis dahin hatten in Altwürttemberg aufgrund des Ausschließungsediktes nur ca. 534 Juden gelebt. Somit war es erforderlich, den Rechtsstatus in einer für das gesamte Königreich einheitlichen Form zu regeln.

Eine Neuregelung wurde zwar von König Friedrich angestrebt, dann aber doch zunächst hinausgeschoben. Man behalf sich mit zahlreichen Einzelverordnungen, welche die rechtliche Situation der Juden bis 1825 langsam veränderten. Eine wirkliche Gleichstellung war damit aber nicht verbunden. Auch die Verfassung vom September 1819 erfüllte entsprechende Hoffnungen nicht. 1828 wurde schließlich das *Gesetz in betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* verabschiedet. Dieses Gesetz verbesserte zwar die Rechtslage der jüdischen Bevölkerung, indem der Status des Schutzjuden und das Schutzgeld gestrichen wurden; insgesamt war das Gesetz aber eine Enttäuschung für die Juden, da es nach wie vor Beschränkungen enthielt und ihnen die volle rechtliche Gleichstellung nicht zuerkannte. Die staatsbürgerlichen Rechte – mit aktivem und passivem Wahlrecht – wurden ihnen erst 1861 übertragen, und die letzten Beschränkungen

fielen schließlich 1864 durch das *Gesetz betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen*.

Die Veränderung der rechtlichen Situation hatte auch eine Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Situation zur Folge. Allmählich änderte sich die Berufsstruktur. Juden waren nicht mehr fast ausschließlich im Handel tätig, sondern übernahmen auch handwerkliche Berufe, und ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fassten sie zudem als Juristen, Ärzte und im wissenschaftlichen Bereich Fuß. Damit einher ging die Wanderungsbewegung vom Land in die Städte. Das traditionelle Landjudentum wurde zu einer schwindenden sozialen Gruppe zugunsten eines modernen, städtisch geprägten Judentums.

Auf dieses moderne städtische Judentum richtet sich der Blick des ersten Vortrags. Martin Ulmer skizziert die Situation des jüdischen Bevölkerungsanteils in der Landeshauptstadt Stuttgart in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. In den Mittelpunkt rückt dabei der Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Ursachen. Zu konstatieren sind auf der einen Seite Kontinuitäten des Antisemitismus, die auf der traditionellen Judenfeindschaft, antisemitischen Ressentiments und nationalistischem Denken fußen, auf der anderen Seite erhält der Antisemitismus aber auch eine neue Schubkraft durch Kräfte, welche die Juden als Synonym der – negativ besetzten – Moderne sehen und bekämpfen.

Der zweite Vortrag von Susanne Rueß widmet sich einer speziellen Berufsgruppe, nämlich den jüdischen Ärzten, und ihrem Schicksal in der Zeit des Nationalsozialismus. Durch umfangreiche Recherchen in Archiven in Deutschland und Israel sowie auch durch Kontakte mit Familienangehörigen hat Frau Rueß die Lebensläufe von 88 Ärzten nachgezeichnet. Einige der Schicksale stellt sie heute vor.

Der abschließende Vortrag – wir bleiben in der chronologischen Folge – richtet den Blick auf die Zeit nach 1945. Die Anfänge und Neukonstituierung der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Württemberg nach Ende des Krieges wird Joachim Hahn in seinem abschließenden Referat schildern.

Martin Ulmer:

Antisemitismus in Stuttgart während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik

„Wir erfreuen uns besonders auf dem Lande noch eines ungestörten religiösen Friedens; in den größeren Städten Stuttgart, Ulm und Heilbronn ist die gesellschaftliche Stellung unserer Glaubensgenossen durch antisemitische Gesinnungen vieler Bürger wesentlich getrübt worden,“ schrieb die liberale *Allgemeine Zeitung des Judentums* im März 1885 über die verbreitete Virulenz der Judenfeindschaft in Württemberg. Zum damaligen Zeitpunkt lebten etwa 2000 Juden in Stuttgart; ihr Bevölkerungsanteil betrug damit ca. 1,5-2%.

Der nachfolgende Beitrag verknüpft Ansätze der Kritischen Theorie des Antisemitismus und den aktuellen Forschungsstand zu antisemitischen Ideologien und Alltagsmentalitäten als kulturelle Codes mit empirischen Befunden. Die Studie konzentriert sich auf die Ergebnisse der Auswertung von populären Tageszeitungen in Stuttgart und Unterlagen wie Autobiografien, Gerichts- und Polizeiakten. Die Quellen liegen in Archiven, Bibliotheken und Forschungsinstituten in Stuttgart, Ludwigsburg, Berlin, Bremen, Jerusalem und New York. Vorgestellt werden zentrale Ergebnisse der Dissertation des Referenten; im Mittelpunkt steht die Frage nach der Kontinuität und dem neuen Aufkommen von Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik.

Was ist Antisemitismus

Der Vortrag geht von dem wissenschaftlichen Paradigma aus, dass Antisemitismus eine ideologische Konstruktion von Wirklichkeit ist und keineswegs die historische Realität beschreibt. Der Journalist Wilhelm Marr hatte im Zuge der ersten antisemitischen Welle 1879 den Kampfbegriff *Antisemitismus* mit stark rassistischer Konnotation geprägt. Die antijüdischen Phänomene sind jedoch zu komplex und die Trennung in der Forschung in einen vormodernen christlichen Antijudaismus und den modernen Antisemitismus nach 1879 längst überholt, so dass sich eine weite Definition von Antisemitismus durchgesetzt hat. Der Berliner Antisemitismusforscher Wolfgang Benz definiert Antisemitismus als Begriff, „der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ist und im modernen Sprachgebrauch die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments und Haltungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven umfasst.“ Unter Antisemitismus versteht man daher alle feindseligen bzw. ablehnenden Haltungen,

Meinungen, Äußerungen und Taten gegen Juden als Gruppe, ihre Einrichtungen und Symbole.

Erste Schubkraft: virulenter Antisemitismus

Anfang der 1870er Jahre ereigneten sich dreitägige antisemitische Massenkrawalle in Stuttgart. Anlass dazu gab ein banaler Streit zwischen einer jüdischen Kleinhändlerin und einem Militärangehörigen, der bei der Festnahme durch die Polizei verletzt wurde. In der Bevölkerung verbreitete sich jedoch das Gerücht, der Soldat sei von einem Juden getötet worden, was in kurzer Zeit zu einer Pogromstimmung gegen die Juden führte. An den Ausschreitungen und Plünderungen jüdischer Geschäfte und Gewalt gegen die Polizei und Militär waren mehrere Tausend Bürger beteiligt. Erst nach drei Nächten konnten die Unruhen durch massiven Polizei-, Justiz- und Presseinsatz beendet werden. Ursache des Ausbruchs des virulenten Alltagsantisemitismus waren vor allem die nationalistischen Stimmungen seit der Reichsgründung und die Ressentiments gegen aufstiegsorientierte Juden.

Zweite Schubkraft: Konservatives Christentum und Antisemitismus

Die konservativ geprägte evangelische Landeskirche war vom 16. bis ins 20. Jahrhundert mehr oder weniger stark von Judenfeindschaft geprägt, auch wenn es bemerkenswerte Ausnahmen wie Melanchthon und liberale judenfreundliche Pfarrer gab. Ein herausragendes Beispiel für die evangelische Judenfeindschaft ist die Publizistik des protestantischen Milieus; das negative Judenbild, das Zeitungen wie der auflagenstarke Christen-Bote und das Evangelische Sonntagsblatt zeichneten, schuf in konservativen und nationalliberalen Kreisen Stuttgarts eine mentale Grundstimmung, die zu Distanz, Abwehr bis hin zur aktiven Bekämpfung der Juden führen konnte. Der Protestantismus dieser Ausprägung stellte eine Leitkultur in Stuttgart dar, wo der Anteil der protestantischen Bevölkerung rund 80% betrug. Seit Mitte der 1870er Jahre häuften sich die Artikel mit judenfeindlichen Inhalten im Christen-Boten. Die alltäglichen Ressentiments gegen die modernen deutschen Juden verfestigten einen Antisemitismus, der mit Liberalismus, Kulturkampf, Säkularisierung, Wirtschaft, Börse und Wucher in Verbindung gebracht wurde. Ein zentrales Feld der konservativ-pietistischen Judenfeindschaft war der Antimodernismus und die *soziale Frage*. Ab 1875/76 wurde die *soziale Frage* mit den Juden, ihrer Emanzipation und ihrem erfolgreichen Aufstieg verbunden. Die Umdeutung struktureller Kapitalverhältnisse und ihre negativen Folgen in eine personifizierte *Judenherrschaft* im Umfeld der Handels- und Finanzwelt machte antisemitisches Denken in weiten Kreisen bis hin zu den Linken gesellschaftsfähig. Juden wurden stets mit Geld und Börse, Spekulation und Wucher gleichgesetzt. Zur Dramatisierung

der angeblichen Judenherrschaft in der Handels- und Finanzwelt bediente sich der Christen-Bote scharfer Polemiken mit dehumanisierenden Metaphern.

Diese Form der Judenfeindschaft war auch im Mittelstand bei Kaufleuten und Handwerkern und ihren Interessensverbänden verbreitet. Er zeigte sich beim einflussreichen *Schutzbund für den Mittelstand* und dem *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband* seit 1900 vor allem in der scharfen Agitation gegen jüdische Warenhäuser und jüdisches Groß- und Finanzkapital, auch wenn versucht wurde, die antijüdischen Ressentiments durch einen *codierten* Antisemitismus zu kaschieren. Mit der Einführung einer rigiden Warenhaussteuer gelang den Mittelständlern der Durchbruch zur codiert-antisemitischen Politik.

Antisemitismus als Teil des öffentlichen Diskurses

Spätestens in der frühen 1890er Jahren hatte sich im Zuge der zweiten reichsweiten Antisemitismus-Welle der Diskurs über Antisemitismus auch in Stuttgart bzw. Württemberg etabliert. In den Medien war dieser Diskurs geprägt von der Vorstellung eines zu großen gesellschaftlichen Einflusses der Juden in Folge ihrer Emanzipation, der durch gesetzlich-administrative Maßnahmen und symbolische Ausgrenzungsformen eingedämmt werden müsse. Gleichzeitig erteilte man aber dem Radau-Antisemitismus sowie der Forderung nach Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichheit eine Absage.

Alltagsantisemitismus: Symbolkampf gegen das Jüdische

Die Zuspitzung des Diskurses in den populären Zeitungen hatten judenfeindliche Manifestationen im Alltag zur Folge, wie zum Beispiel die Umbenennung der Judengasse 1893 infolge einer Initiative der Anwohner des kaufmännischen und handwerklichen Kleinbürgertums. Das Stuttgarter Kommunalparlament stimmte dem Antrag mit knapper Mehrheit zu. In der Argumentation der Hausbesitzer und Gemeinderäte verband sich das traditionelle Stereotyp des mittelalterlichen Judenghettos mit der im Kaiserreich aufkommenden antisemitischen Auflehnung gegen jüdische Orte und jüdische Namen, die Stellvertreterfunktion hatten für die jüdische Emanzipation und den vermeintlich zersetzenden jüdischen Geist.

Alltägliche Ausgrenzung in Schule und Militär:

Für das Kaiserreich kann eine Verhetzung der Schuljugend in der Volksschule und im Gymnasium durch Lehrer, die vormals völkischen Studentenverbindungen angehörten, konstatiert werden. Das bildungsbürgerliche Elternhaus und die Lehrerschaft propagierten antisemitische Ressentiments, welche die Schüler aufnahmen und durch Diskriminierungen und jugendliche männliche Gewalt im Schulalltag auslebten. Informelle Schülergruppen

grenzten jüdische Schüler aus, und Lehrer machten judenfeindliche Bemerkungen. Im Königreich Württemberg wurde die gesamtdeutsche Verfassung von 1871, die den Juden die volle Gleichberechtigung garantieren sollte, durch eine antijüdische Verwaltungspraxis unterlaufen, indem Juden vom Staatsdienst und vom Militär ausgeschlossen wurden.

Universalisierung des Antisemitismus in den 1920er Jahren

Antisemitischer Diskurs und Agitation wurden in der Weimarer Republik seit 1918/19 zu einem Massenphänomen im öffentlichen Raum. Antisemitische Kampagnen und Vorgänge im Ersten Weltkrieg, die Kriegsniederlage und die demokratische Revolution sowie der Wegfall der Zensurbestimmungen führten zu einer Zunahme und Radikalisierung der Judenfeindschaft. Dies hatte dreifache Auswirkungen: Erstens kam es zu einem Formenwandel. Eine aggressive Agitation, die von einer Entschlossenheit zur Tat bis hin zur Gewalt begleitet wurde, eroberte den öffentlichen Raum und erhöhte die Pogromgefahr. Zweitens äußerte sich der Antisemitismus durch radikale Inhalte und offenbarte zunehmend paranoid-wahnhaftige Züge eines Konspirationsantisemitismus. Und drittens breiteten sich antisemitische Themen und Taten in der öffentlichen Diskussion und im Alltag durch verschiedene Akteure stark aus und ergriffen bald alle gesellschaftlichen Schichten, auch jenseits des traditionell antisemitischen rechtsbürgerlichen Milieus. Gefördert wurde die Ausbreitung antisemitischer Hetze von der bürgerlichen Staatsregierung, die völkische Umtriebe und auch Auftritte Hitlers seit 1925 in einer Mischung aus Kalkül und Naivität zuließ.

Im Frühjahr 1920 unternahmen rechtsstehende Parteien und Verbände nach dem gescheiterten Kapp-Putsch einen weiteren Anlauf, die republikanischen Parteien im Reich und in den Ländern durch die Wahl Anfang Juni auf legalem Weg abzulösen und eine nationale Regierung mit dem Ziel einer monarchischen und völkischen Diktatur zu bilden. Angesichts des hohen Niveaus des manifesten Antisemitismus seit 1919 im öffentlichen Diskurs erwies sich dieser als sehr wirksames Instrument der Massenpolitik. Auf die wahlmobilisierende Wirkung des Antisemitismus bauten die Bürgerpartei, die neue rechtsliberale DVP und die massiv agierenden völkischen Verbände Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund und Alldeutscher Verband. Eine demokratische Öffentlichkeit von SPD, DDP und jüdischem Centralverein versuchte noch 1920, den radikalen Antisemitismus zu skandalisieren.

Die deutschnationale Bürgerpartei führte den Wahlkampf mit massiver Unterstützung der völkischen Szene und der Süddeutschen Zeitung und setzte dabei das ganze Spektrum der

Propagandamittel ein. So verteilte sie spezielle Flugblätter, in denen sich Antisemitismus und Rassismus manifestierten, an die Frauen als neue Wählergruppe. Kurz vor der Wahl erschienen in der Süddeutschen Zeitung Anzeigen mit aggressivem antisemitischem Tenor. In der großflächigen Anzeige profilierte sich die Partei als völkischer Ordnungsfaktor, indem sie versprach, mit Arbeitsscheuen, Schiebern und Wucherern sowie den Kriegsgesellschaften aufzuräumen. Die Diskursfelder Nationalismus, Antisemitismus, Antimarxismus und Republikfeindschaft waren aufs Engste miteinander verbunden.

Die Süddeutsche Zeitung war das publizistische Flakschiff der Bürgerpartei und der völkischen Szene. Sie setzte mit antijüdischen Hetzkampagnen auf die Ablösung der *Novemberparteien* zugunsten der Bürgerpartei. Im Zusammenpiel von zahlreichen Leitartikeln, Berichten über Versammlungen des Alldeutschen Verbands und des DSTB und deutschnationaler Wahlagitation wurde die Grenze der Ausdrucksformen eines radikalen Antisemitismus im öffentlichen Diskurs weit ausgedehnt.

Der mitgliederstarke Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund und die Alldeutschen verstanden sich als der außerparlamentarische Arm der Deutschnationalen, die sie mit Flugblattaktionen, Versammlungen und Raduantisemitismus massiv unterstützten. Auch wenn die soziale Zusammensetzung des Schutz- und Trutzbundes bürgerlich war, darunter viele Studenten, war der Politik- und Agitationsstil aufgrund seiner Militanz, seines Habitus¹ und seiner Gewaltbereitschaft antibürgerlich und aktionistisch. Die zionistische Vereinigung Stuttgart organisierte am 10. Mai 1920 eine öffentliche Veranstaltung, die sofort angegriffen wurde. Zahlreiche Störer versuchten mit Zwischenrufen und Tumulten, die Veranstaltung zu sprengen, was zionistisch orientierte Bürger zu verhindern versuchten. Als eine Schlägerei ausbrach, verließ ein großer Teil der Besucher einschließlich der Antisemiten fluchtartig die Versammlung. Aufgrund der Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen Juden und Antisemiten verschärfte die Ortsgruppe des DSTB erneut ihren Kurs der militanten Agitationstätigkeit als „deutsche Antwort“, wie die Süddeutsche Zeitung enthusiastisch berichtete.

Auch in Stuttgart setzte die neugegründete Deutsche Volkspartei die weitverbreitete antisemitische Stimmung für Wahlzwecke ein und popularisierte sie durch den Auftritt von anerkannten Reichspolitikern. Der Parteivorsitzende Stresemann sprach auf einer Großveranstaltung in der Liederhalle vor rund 3.000 Besuchern. In seiner Rede bediente er sich des verbreiteten antisemitischen Stereotyps vom zersetzenden kosmopolitischen Geist, den er beim Berliner Tagblatt mit seinem jüdischen Verleger als treibender Kraft angesiedelt sah. In moderater Form zeichnete Stresemann das Bild von der Judenherrschaft seit

1918/19 in Deutschland; die Zuhörerschaft reagierte mit frenetischem Beifall. In seinem Schlusswort forderte er die neue Regierung auf, mit allen Mitteln gegen die „galizischen Fremdlinge“ vorzugehen, die er auch für das Finanzelend der nachrevolutionären Wirtschaft verantwortlich machte. Während Stresemann als Oppositionspolitiker sich eines offenen moderaten Antisemitismus bediente, spielte der baldige Außenminister eine konziliantere Rolle und verzichtete auf judenfeindliche Äußerungen, wenngleich die DVP gemäßigt antisemitisch eingestellt blieb.

Der moderate Antisemitismus konnte sich im radikal-antisemitischen Klima ohne weiteres platzieren und im Konkurrenzkampf um liberal-bürgerliche Wähler effektiv instrumentalisiert und zur Diffamierung des politischen Gegners genutzt werden. In diesen Monaten wurde in Stuttgart deutlich, dass die antisemitische Welle kein vorübergehendes Phänomen war, sondern sich die Judenfeindschaft in der politischen Kultur und Öffentlichkeit etabliert hatte. Die Universalität des Antisemitismus war darin begründet, dass im Windschatten eines radikalen Antisemitismus judenfeindliche Äußerungen völlig legitim erschienen und kaum mehr auffielen. Die Wahlkämpfe erweiterten dabei die Handlungsspielräume für den Antisemitismus. Die bewusste Grenzziehung zeigte sich im Verhalten der gemäßigten Rechten und der Linksradiكالen wie der KPD, die offen vom „Judenkapital“ sprach.

Der antisemitische Skandal als weiterer Katalysator

Zur Jahreswende 1924/25 wurden die Besitzer des Barmat-Konzerns wegen Korruptionsverdachts festgenommen. Die ostjüdische Herkunft der Brüder Barmat, ihre SPD-Mitgliedschaft und ihre engen Verbindungen zu führenden SPD-Politikern und preußischen Regierungsstellen und der Staatsbank dienten sowohl für die völkischen und deutschnationalen Kreise als auch für die KPD als ideales Zerrbild der korrupten Judenrepublik. Die reichsweite Barmat-Affäre schlug trotz fehlender Bezüge zu Württemberg auch hier hohe Wellen. Bereits zwei Tage nach der Festnahme der Brüder Barmat entwickelte sich Anfang Januar 1925 in den Stuttgarter Zeitungen ein lebhaftes Medienecho. Während der rechtsliberale Schwäbische Merkur und das liberale Neue Tagblatt zunächst sachlich berichteten, gab die zweitgrößte Zeitung, die deutschnationale Süddeutsche Zeitung, den negativen Takt vor, an dem sich die beiden anderen liberalen Blätter im Blick auf das sich verändernde Klima mehr und mehr orientierten.

Ohne die Ermittlungsergebnisse abzuwarten, polemisierte die Süddeutsche Zeitung am 3. Januar 1925 gegen die Unternehmer Barmat und ihre „guten Beziehungen zur sozialistischen Internationale“ und ihre Protektion durch die Sozialdemokratie bis hin zum Reichspräsidenten Ebert. Der Artikel fuhr das ganze Arsenal zeitgenössischer antisemitischer

Stereotypen in scharfen Tönen auf. Durch den im Artikel heraufbeschworenen Gegensatz von Juden und Deutschen und dem ausbeuterischen räuberischen Juden auf der einen und dem armen deutschen Volk auf der anderen Seite wurden aggressive antisemitische Stimmungen geschürt. Die Redaktion des rechtsliberalen Schwäbischen Merkurs zog unmittelbar im Anschluss in moderat-chiffrierter Form nach: Sie sprach plötzlich vom mächtigen „Barmatkonzern“ und „Kreditwucherskandal“, obwohl dieser Vorwurf noch unbewiesen war. Anspielungsreich wunderte sich der Artikelverfasser über die SPD als „Anwalt für den Barmatkonzern“. Auch das Neue Stuttgarter Tagblatt schwenkte von der neutralen Position zur Vorverurteilung mit chiffrierten antisemitischen Invektiven um: In einem Kommentar war vom „Sumpf moralischer Verlotterung“, in dem höchste Beamte und führende Parlamentarier von „unsaubersten schieberischen Manövern anrühiger Persönlichkeiten“ hinab gezogen seien, die Rede. Diese antijüdischen Codes waren Ausdruck einer dezenten antisemitischen Haltung, ohne mit der völkischen Szene in Verbindung gebracht zu werden.

Die Barmat-Affäre und ihre starke Medienrezeption hatte in der württembergischen Bevölkerung große Wirkung. Judenfeindschaft als „kultureller Code“ (Shulamit Volkov): Ein geistiger Horizont aus Ressentiments, Aversionen und moderaten bis deutlich judenfeindlichen Bildern hatte sich in Württemberg in den 1920er Jahren gesellschaftlich auch unter Republikanern durchgesetzt. In diesem antisemitisch geprägten Meinungsklima war ein deutlicher Anstieg von Gewalt gegen Juden und ihre Einrichtungen zu verzeichnen, wie Polizei- und Gerichtsakten verdeutlichen. Täter aus nationalsozialistischen und völkischen Kreisen schlugen in Stuttgart einzelne jüdische Bürger nieder und zertrümmerten die Schaufenster jüdischer Geschäfte. Die Gewalt eskalierte so stark, dass der württembergische NS-Führer sich aus taktischen Motiven distanzierte und die Parteibasis aufforderte, „nicht den einzelnen Juden, sondern den jüdischen Geist zu bekämpfen, um der Bewegung nicht zu schaden.“ Vor den Gerichten wurden einzelne Schläger zu milden Strafen verurteilt. Barmat wurde zur Chiffre der Judenfeindschaft in der Republik.

Bei zahlreichen öffentlichen Ereignissen, den verschiedenen Reichstagswahlen, der Reichspräsidentenwahl 1925, der Volksabstimmung über die Fürstenenteignung 1926, der Sklarek-Affäre 1929 und den Kampagnen gegen den Young-Plan 1929/30 spielte Antisemitismus als Agitationsmuster eine wichtige Rolle in Stuttgart. Die Intensität der Judenfeindschaft im öffentlichen Diskurs schwächte sich allenfalls zwischen Sommer 1927 und Sommer 1929 etwas ab und eskalierte in der Sklarek-Affäre und der Anti-Youngplan-Kampagne erneut.

Antisemitismus im Alltag

Begleitet wurde dieser Prozess der Ausgrenzung, der sich seit der Mitte der 1920er Jahre weiter beschleunigte, durch den Anstieg antisemitischer Gewalt im öffentlichen Raum und eine Zunahme von Beleidigungen bei Konflikten von Privatleuten. Die völkische Bewegung arbeitete in der ersten Phase von Weimar auf einen Putsch gegen die Republik und ihre „jüdischen Drahtzieher“ hin. 1923 eskalierte deshalb auch in Württemberg die inszenierte antisemitische Gewalt, zum Beispiel durch Gewaltausbrüche und Pöbeleien gegen einzelne jüdische Bürger durch Tübinger Studenten oder durch gewaltsame Zwischenfälle in Buttenhausen durch Reichswehrsoldaten. In Stuttgart tauchten im Sommer 1923 Pogromlisten auf, welche die Namen wohlhabender Juden enthielten, die gezielt angegriffen und geplündert werden sollten. Die Provokationen eskalierten bei der Beerdigung des Stadtrabbiners Theodor Korner auf dem israelitischen Teil des Pragfriedhofs im Oktober 1923, als die Trauergemeinde durch junge Nationalsozialisten massiv beschimpft und belästigt wurde. Diese Aktion zielte auf den Kern der jüdischen Religion und bedeutete den Bruch der zivilisatorischen Regel der Wahrung der Totenruhe und der Pietät. Die Radauszenarie stellte einen Tabubruch dar, der die Juden an der besonders sensiblen Stelle ihrer Religion traf. Der israelitische Oberrat und einige demokratische Landtagsabgeordnete protestierten beim Staatspräsidenten Hieber gegen diese massive Inszenierung militanter Aktionen, um zukünftig staatlichen Schutz zu erwirken, wurden aber abgewiesen.

Der gesellschaftliche Durchbruch der Nationalsozialisten in Stuttgart

Die NS-Propaganda fiel in Stuttgart auf fruchtbaren Boden, den das nationale Lager durch seine anhaltenden Agitationen, geduldet durch Demokraten und Staatsbehörden, geschaffen hatte. Ohne diese Dispositionen und die mittlerweile selbstverständliche Äußerung von Judenfeindschaft sowie ihre Hinnahme in der politischen Kultur wäre der Aufstieg des Nationalsozialismus nicht möglich gewesen. Für die These einzelner Historiker wie Hans Mommsen, dass die Nationalsozialisten den Antisemitismus zwischen 1930 und 1933 aus taktischen Gründen begrenzt hätten, um neue Wählerschichten zu erschließen, gibt es in Württemberg keinerlei Belege. Gerade in der regionalen NS-Propaganda standen drei Feindbilder ganz oben: das „jüdisch-internationale Kapital“ als angeblicher Verursacher der Tributpolitik und der Weltwirtschaftskrise, der „jüdische Marxismus“ als innere und äußere Bedrohung Deutschlands und der antisemitisch aufgeladene „Kulturbolschewismus“ als vermeintlicher Zerstörer traditioneller deutscher Kultur und Werte. Es gelang der NSDAP in einem bis dahin beispiellosen Dauerwahlkampf mit Versammlungen, NS-Kurier und Flugblattagitation, seit 1930 konsequent in alle gesellschaftlichen Schichten vorzudringen. Die klare antisemitische Stoßrichtung sprach besonders die starke national-völkische Szene und die bäuerlichen und bürgerlichen Gruppen, Beamte und den Mittelstand an; teilweise

erreichte sie aber auch liberale Kreise und das proletarische Milieu, wo latente bis moderate antisemitische Einstellungen dominierten. Die Juden galten als die Hauptverantwortlichen der Systemkrise; diese Botschaft war in Stuttgart überraschend präsent.

Wenige Wochen nach der Septemberwahl 1930 gelang den Nationalsozialisten mit einem inszenierten Theaterskandal gegen das Stück „Schatten über Harlem“, dessen Absetzung sie erreichten, ein großer propagandistischer Erfolg. In kurzer Zeit waren die Nationalsozialisten zu seriösen gesellschaftsfähigen Bündnispartnern des Bürgertums geworden, weil das Bürgertum durch den nationalsozialistischen Radau die distinguierte Zurückhaltung aufgeben und gegen die „jüdisch-bolschewistischen“ Tendenzen rebellieren konnte. Die bürgerlichen Medien machten sich zum Sprachrohr der kulturpolitischen Affäre.

Fazit

Der Antisemitismus in der Landeshauptstadt Stuttgart war während der beiden Epochen vor dem Nationalsozialismus geprägt durch Kontinuität und Radikalisierung. Das Judenbild war überwiegend negativ, zum kleineren Teil neutral, jedoch selten wohlwollend bestimmt. Es existierten sowohl eine große Kontinuität als auch ein hoher Grad an antisemitischer Diskriminierung. Gewalt gegen Juden und ihre Institutionen waren durchaus ein durchgängiges Phänomen: Im Kaiserreich waren ein Massenkrawall mit Plünderungen jüdischer Geschäfte, zwei Synagogenschändungen und vereinzelt Schlägereien die militanten Begleitumstände der brüchigen Emanzipationsphase. In der Weimarer Republik gab es eine Pogromstimmung und vergleichbare Angriffe auf jüdische Bürger, die Zerstörung von Geschäften sowie eine Kranzschändung. Ideologische und traditionelle Judenfeindschaft in Württemberg, antisemitische Ressentiments, christliche Judenfeindschaft, autoritäres bzw. nationalistisches Denken sowie der öffentliche Diskurs zur *Judenfrage* verliehen dem Antisemitismus eine fortdauernde Basis, auf die Agitationen und codierte Formen des Antisemitismus aufsetzen konnten. Ab den 1890er Jahren war eine allmähliche Radikalisierung zu beobachten, ausgelöst durch Pressediskurse, bestimmte Manifestationen im Alltag und die Entwicklung der völkisch-nationalen Parteien und Verbände. Nach dem Ersten Weltkrieg schwappte eine bedrohliche antisemitische Welle – verursacht durch die starke und gesellschaftlich salonfähige völkische und deutsch-nationale Szene – durch Stuttgart und führte im Verbund mit einem anschließenden entfesselten Wahlkampf zu einer neuen gefährlichen Dimension von Militanz. Auch eine antisemitische Codesprache, die offen artikuliert werden konnte und in das gängige Vokabular des Kaiserreichs und der Weimarer Republik integriert wurde, trug weiter zur Ausbreitung bei. Außerdem bewirkte die Inszenierung antisemitischer Skandale wie Barmat und die Theateraffäre eine neue Radikalisierung. Auf diesem hohen Niveau stabilisierte sich der Antisemitismus in den

1920er Jahren und eskalierte ab 1929/30 im Zusammenspiel von nationalsozialistischem Generalangriff auf die „Judenrepublik“, einem allgemeinen Rechtsruck, der bürgerlichen Unterstützung der Nationalsozialisten seit Herbst 1930 und der Hinnahme antisemitischer Agitation in der Stuttgarter Gesellschaft und Politik. Die ausbleibende Ächtung des Antisemitismus und der Verzicht auf Sanktionsmöglichkeiten seitens der Staats- und Justizorgane seit 1920 und der demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen erweiterten die Handlungsmöglichkeiten für die völkische und nationale Szene wesentlich.

Susanne Rueß:

**Stuttgarter jüdische Ärzte in der Zeit des Nationalsozialismus:
eine biographische Studie**

Bis in die 1980er Jahre stand die Aufarbeitung der Vergangenheit der ärztlichen Standesvertreter, der medizinischen Verbrechen und der Mitläufer im Vordergrund der Forschung, 1984 wurde die erste Publikation über jüdische Ärzte und Zahnärzte in Wiesbaden vorgelegt; weitere biographische Zusammenstellungen folgten für München, Leipzig, Hannover, Freiburg, Dresden, Frankfurt, Thüringen und Sachsen. Grundlage der vorliegenden Untersuchung zur Stuttgarter jüdischen Ärzteschaft in der Zeit des Nationalsozialismus war die Auswertung der Literatur, archivischer Quellen und persönliche Kontakte.

Stuttgarter jüdische Ärzte im Überblick

Am 31. Dezember 1932 gab es in Stuttgart 579 Ärzte; 86 von ihnen waren jüdischer Abstammung, was einem Anteil von ca. 15% entsprach. Von den 408.106 Personen, die 1933 im Stadtgebiet Stuttgart gemeldet waren, waren, laut Volkszählung vom 16. Juni 1933, 4.490 Personen jüdischen Glaubens, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug somit 1,1%. Von den 86 jüdischen Ärzten (75 Ärzte, 11 Ärztinnen) besaßen 83 die deutsche Staatsbürgerschaft und waren oft über mehrere Generationen in Süddeutschland verwurzelt. 33 von ihnen wurden auch in Stuttgart geboren. Dem überwiegenden Teil der jüdischen Ärzte gelang es nach 1933, Deutschland zu verlassen: 1933 emigrierten 19 Ärzte, in den Jahren 1934-1937 zusammen 15 Ärzte, 1938 weitere 12, 1939 16 Ärzte und in den Jahren 1940 und 1941 jeweils ein Arzt. Der überwiegende Teil emigrierte in die USA (39, davon 27 direkt, die übrigen über verschiedene andere Fluchtländer), 10 gingen nach Palästina und 5 nach England. 18 jüdische Ärzte wurden in Konzentrationslagern inhaftiert; allein 9 Ärzte wurden nach Dachau verschleppt, 7 nach Theresienstadt. Acht Ärzte wurden in Konzentrationslagern ermordet. Nur wenige der Emigrierten oder Überlebenden kehrten nach Kriegsende nach Stuttgart zurück. Zwischen 1933 und 1942 starben neun Ärzte eines natürlichen Todes, drei begingen Suizid.

Die Ausgrenzung der jüdischen Ärzte begann mit dem Boykott jüdischer Geschäfte und Praxen am 1. April 1933. Weitere gesetzliche Maßnahmen folgten noch im selben Jahr, wie die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen vom 22.04.1933 und das Verbot über die Zusammenarbeit zwischen "deutschstämmigen" und "fremdrassigen" Ärzten. Zum 1. September 1933 verloren 17 Stuttgarter jüdische Ärzte ihre

Kassenzulassung. Mit der 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938 wurde allen jüdischen Ärzten zum 1. September endgültig ihre Approbation entzogen.

Das Schicksal jüdischer Ärzte in Stuttgart soll beispielhaft an einigen ausgewählten Biographien dargestellt werden.

Dr. med. Erwin Hirsch

Erwin Hirsch wurde am 31.1.1900 als Sohn des Arztes Alfred Hirsch und seiner Frau Elfrieda, geb. Schweizer, in Stuttgart geboren. Nach dem Abitur 1918 in Stuttgart und dem Militärdienst nahm er im Sommersemester 1919 das Medizinstudium an der Universität München auf. 1925 legte er das Staatsexamen ab; 1928 wurde er an der Universität Heidelberg promoviert mit einer Dissertation "Über senile Denk- und Sprachstörungen". Bereits ein Jahr vorher hatte er Anne Fellheimer geheiratet. Hirsch kehrte nach Stuttgart zurück, begann eine psychoanalytische Ausbildung bei Professor Schneider und ließ sich zudem als praktischer Arzt in der Reinsburgstraße nieder. 1931 legte er seine Prüfung als Facharzt für Nervenheilkunde ab. Nachdem ihm im Frühjahr 1933 die Kassenzulassung entzogen worden war, entschloss sich Hirsch noch im Juni desselben Jahres, mit seiner Frau und seiner 14 Monate alten Tochter nach Palästina zu emigrieren. Er eröffnete in Jerusalem eine Praxis als Nervenarzt und Psychoanalytiker und wurde 1937 ordentliches Mitglied der palästinensischen Gesellschaft für Psychoanalyse. In Israel entwickelte Erwin Hirsch gesundheitliche Probleme infolge seines Verfolgungsschicksals. Sein Antrag auf "Schaden an Gesundheit" wurde beim Landesamt für die Wiedergutmachung aber nicht anerkannt. Am 4.1.1974 starb Erwin Hirsch in Jerusalem.

Dr. med. Siegmund Karpeles

Siegmund Karpeles wurde am 10. Oktober 1876 als Sohn des Kaufmanns Josef Karpeles in Bayreuth geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Bayreuth und dem Abitur 1896 studierte er Medizin an den Universitäten München und Berlin. In München legte er 1902 das Staatsexamen ab und wurde im selben Jahr mit einer Dissertation über „Ein Fall von Nebennierentuberkulose ohne Morbus Adisonii“ promoviert. Im Juni 1902 erhielt er auch seine Approbation. Als Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten ließ sich Karpeles 1904 in der Gymnasiumstraße in Stuttgart nieder. 1904 heiratete er Anna Hesslein aus Bamberg; aus der Ehe ging ein Sohn, Joseph Karpeles, hervor. Nach der Machtergreifung Hitlers konnte Karpeles als Teilnehmer am I. Weltkrieg zunächst noch seine Kassenzulassung behalten. Er war ein gefragter Spezialist für Harnleiden; seine Patienten kamen aus allen Schichten der Bevölkerung. Wie allen jüdischen Ärzten wurde auch ihm zum 1. September 1938 die Approbation entzogen. Dennoch praktizierte er bis 1942 privat unentgeltlich weiter. Die Familie Karpeles wurde 1942 zunächst nach Tigerfeld

zwangsumgesiedelt, das Haus der Familie in Stuttgart wurde verkauft. Von Tigerfeld aus wurde das Ehepaar über Stuttgart im August 1942 nach Theresienstadt deportiert. Anna Karpeles starb dort im Februar 1943 an Pneumonie; Siegmund Karpeles kam von Theresienstadt im Mai 1944 nach Auschwitz und wurde 1944 für tot erklärt.

Dr. med. Ruth Selke-Eissler

Ruth Selke wurde am 21. Februar 1906 als viertes Kind von Ludwig Selke und seiner Frau Jenny, geborene Lewin, geboren. Sie wuchs zweisprachig in Odessa auf; bis zum Ausbruch des I. Weltkriegs besuchte sie dort ein russisches Mädchengymnasium. Als Ruths Vater im November 1914 als Zivilgefangener an die Wolga verbracht wurde, übersiedelte ihre Mutter mit den fünf Kindern nach Hamburg. Von dort zog die Familie 1920 nach Danzig. 1923 wurde Ruth als Siebzehnjährige aus gesundheitlichen Gründen nach Freiburg i.Br. geschickt, wo sie 1925 an der Rotteck Oberrealschule das Abitur ablegte. Im Wintersemester 1925/26 nahm sie an der Universität Freiburg das Medizinstudium auf, das sie 1930 mit dem Staatsexamen beendete. Es folgte ein praktisches Jahr an einer Klinik in Heidelberg in der Inneren Medizin, bevor sie 1931 ihre Approbation erhielt. 1932 kam sie nach Stuttgart, wurde zunächst Volontärärztin und dann Assistenzärztin am Bürgerhospital. In dieser Zeit schloss sie auch das Promotionsverfahren an der Universität Heidelberg ab; in ihrer Dissertation hatte sie sich mit „sechs Lebensläufen als sozialhygienischer Beitrag zur Frage des Alkoholismus und Tuberkulose“ beschäftigt. Ihre Assistenzarztstelle wurde im März 1933 zunächst auf ein Jahr verlängert. Da sie aber *nicht-arischer Abstammung* war, wurde ihr gekündigt; nur aufgrund der Tatsache, dass zunächst kein geeigneter Nachfolger zur Verfügung stand, konnte sie bis August am Bürgerhospital bleiben. Im Dezember 1933 nahm Ruth Selke eine unbezahlte Volontärarztstelle an der Psychiatrischen Abteilung der Universitätsklinik Wien an und begann parallel mit einer psychoanalytischen Ausbildung bei der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung. Im November 1934 nahm sie eine Tätigkeit in der Nervenheilanstalt Rosenhügel der Stiftung Rothschild auf, im Oktober 1935 wurde sie Klinische Assistentin am Ambulatorium der Wiener psychoanalytischen Vereinigung. Im April 1936 erfolgte die Heirat mit Kurt Eissler. Bis 1938 wirkte Ruth Selke-Eissler als Psychotherapeutin in Wien. Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich flüchtete das Ehepaar nach Zürich und von dort über Paris nach Bologne-sur-Mer, wo es sich im Juni 1938 nach New York einschiffte. Das Ehepaar ließ sich in Chicago nieder, wo Ruth Selke-Eissler als Volontärärztin in der Kinderpsychiatrie in einem Hospital arbeitete. Nachdem sie das amerikanische Staatsexamen abgelegt hatte, eröffnete sie eine Praxis und arbeitete außerdem als Lehranalytikerin am Psychoanalytischen Institut. 1944 erhielt das Ehepaar Eissler die amerikanische Staatsbürgerschaft. 1948 übersiedelten Ruth und Kurt Eissler nach New York und wurden beide Mitglieder und Lehranalytiker am New Yorker

Psychoanalytic Institut. 1951 übernahm Ruth Selke-Eissler die Funktion der Sekretärin der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung, als deren Vizepräsidentin sie von 1957 bis 1959 wirkte. Außerdem gehörte sie zu den Mitherausgebern des psychoanalytischen Jahrbuchs „The Psychoanalytic Study of the Child“. Zudem veröffentlichte sie – in deutscher Sprache – einen Gedichtband, der 1989 auch in einem deutschen Verlag erschien. Ruth Selke-Eissler starb am 7. Oktober 1989 in New York.

Dr. med. Martin Michael Sondheimer

Martin Michael Sondheimer, geboren am 17. September 1895 in Oberndorf als Sohn des Kaufmanns Julius Sondheimer und seiner Frau Lina, geborene Weil, wuchs in Nördlingen und München auf. Nach dem Abitur, das er 1914 in München ablegte, wurde er zum Kriegsdienst eingezogen; es folgten Fronteinsätze in Frankreich, Belgien und Russland. Nach dem Ende des I. Weltkriegs 1918 studierte er Medizin in München und Freiburg. 1922 legte er in München das Staatsexamen ab und promovierte anschließend „Über den Nachweis der Tuberkelzellen im Sputum mit besonderer Berücksichtigung der Leuchtbildmethode von Erich“. Nachdem er seine Approbation erhalten hatte, nahm Sondheimer eine Stelle als Assistenzarzt am Katharinenhospital in Stuttgart an, wechselte aber schon bald in die Kardiologie des Universitätsspitals Wien, wo er auch seine internistische Facharztausbildung beendete. Daneben studierte er Psychologie bei Freud in Wien. 1926 kehrte Sondheimer nach Stuttgart zurück und ließ sich als Facharzt für Innere Krankheiten in der Hohenstaufenstraße in Stuttgart nieder. Im Januar 1928 heiratete er Elisabeth Bing aus Nürnberg; 1929 wurde die Tochter Hannah, 1931 Tochter Marianne geboren. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung konnte Sondheimer als Frontkämpfer zunächst seine Kassenzulassung behalten. Sein Praxiseinkommen wurde aber zunehmend geringer. Zu den *arischen* Patienten, die ihm trotz der Boykottmaßnahmen treu blieben, gehörte auch der Stuttgarter Oberbürgermeister. 1936 reiste das Ehepaar Sondheimer in die USA, um die Lebensbedingungen zu erkunden; im August 1938 entschloss es sich zur Emigration und reiste über die Niederlande und London in die USA. Erste Station war New York, wo Martin Sondheimer die englische Sprachprüfung und das amerikanische Staatsexamen ablegte. Die Familie übersiedelte dann nach Lima/Ohio, wo Sondheimer eine Praxis für Innere Medizin eröffnete, die sich gut entwickelte. Als er 1979 erblindete, gab er im Alter von 84 Jahren seine Praxis auf. Er starb am 4. August 1982 im Alter von 86 Jahren. Seine Frau Elisabeth Bing-Sondheimer reiste 1989 auf Einladung des Oberbürgermeisters Rommel mit ihrer Tochter Hannah nach Stuttgart.

Joachim Hahn:

Die israelitische Religionsgemeinschaft in Württemberg nach 1945

Als am 20. und 21. April 1945 beinahe zeitgleich französische und amerikanische Truppen Stuttgart erreichten und am 22. April der NS-Oberbürgermeister Dr. Strölin die Stadt übergab, lebten so gut wie keine jüdischen Personen mehr in Stuttgart. Es waren gerade noch 24, die in irgendeiner Weise in der Stadt überleben hatten. Die größte jüdische Gemeinde im Gebiet Württembergs – 1933 zählte sie 4.490 Personen – bestand nicht mehr. Der größere Teil der früheren Gemeindemitglieder konnte bis spätestens 1940/41 noch auswandern; diejenigen, die es nicht gekonnt oder gewollt hatten, wurden fast alle deportiert. Zwischen dem 1. Dezember 1941 und dem 11. Februar 1945 wurden von Stuttgart aus in zwölf Transporten etwa 2.800 jüdische Menschen – fast alle davon württembergische Juden – in Ghettos wie Theresienstadt oder direkt in die Vernichtungslager des Ostens verschleppt. Die *Jüdische Kultusvereinigung Württemberg e.V.* wurde im Juni 1943 aufgelöst, ihre Räume einschließlich des gesamten Inventars wurden von militärischen Stellen beschlagnahmt. Damit war auch die letzte der jüdischen Gemeinden in Württemberg binnen fünf Jahren, von der Zerstörung der Synagogen bis zu den Deportationen, auf brutale Weise zerschlagen worden und Württemberg – in der üblen NS-Sprache – „judenfrei“ geworden. Dies war freilich nur die eine Seite einer angeblichen „Judenfreiheit“.

Denn auf der anderen Seite gab es in Württemberg noch vor Abschluss der Deportationen von Sommer/Herbst 1944 bis Anfang/Mitte April 1945 in verschiedenen Außenkommandos des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof Tausende von jüdischen Zwangsarbeitern, die aus Polen, Litauen, Ungarn oder anderen Ländern stammten. Sie waren unter katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Rüstungsindustrie wie in Leonberg oder Vaihingen oder beim Ölschieferabbau zwischen Hechingen und Rottweil eingesetzt. Wenn man diese Zwangsarbeiter berücksichtigt, gab es in Württemberg um die Jahreswende 1944/45 mehr Juden als vor 1933. Die meisten dieser Lager wurden fast alle kurz vor dem Einmarsch der Alliierten aufgelöst und die noch lebenden Häftlinge auf die berüchtigten so genannten Todesmärsche in Richtung Bayern geschickt. Dennoch mussten diese ehemaligen KZ-Häftlinge, soweit sie die Zeiten im Lager und die Todesmärsche überlebt und die Befreiung erlebt hatten, nach Kriegsende zunächst einmal in Deutschland

bleiben, da es für sie keine Möglichkeit gab, in ihre Heimatländer oder anderswohin auszureisen.

In Stuttgart trafen unmittelbar nach Kriegsende zunächst einige wenige überlebende frühere Stuttgarter Juden aus Konzentrationslagern ein. Als einer der ersten kam Ende Mai 1945 – sechs Wochen nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald – Josef Warscher in die Stadt. Seine Familie war seit der Zeit des Ersten Weltkriegs in Stuttgart zuhause gewesen. Der Vater war schon lange gestorben, die Mutter und die zwei Brüder wurden in Lagern ermordet. Joseph Warscher bemühte sich sofort darum, Kontakte zu anderen in Stuttgart eintreffenden jüdischen Menschen aufzunehmen und neues jüdisches Leben aufzubauen. Wichtig war, dass Warscher bald Unterstützung bei dem damaligen amerikanischen Militärrabbiner Herbert S. Eskin fand. Dieser hatte als Rabbiner nicht nur den Auftrag, sich um die Soldaten der US-Armee zu kümmern, sondern auch nach den übrig gebliebenen württembergischen Juden zu forschen und den Aufbau einer neuen jüdischen Gemeinde zu begleiten.

Gemeinsam wandten sich Eskin und Warscher Anfang Juni 1945 an Oberbürgermeister Dr. Klett mit der Bitte, sich für eine baldige Rückkehr der restlichen 120 in Theresienstadt befindlichen württembergischen Juden einzusetzen. Dazu war die Unterstützung der französischen Militärregierung nötig, die man auch erhielt. Die Bemühungen waren erfolgreich. Zwei große, noch funktionstüchtige Omnibusse der Städtischen Straßenbahnen mit Anhängern und Holzvergäsern konnten sich alsbald auf den Weg nach Theresienstadt machen. Am 24. Juni 1945 trafen etwa 105 jüdische Personen aus Theresienstadt in Stuttgart ein. Wenige Wochen später umfasste die Zahl der Rückkehrer aus den Konzentrationslagern insgesamt 180 Personen. Am 7. September 1945 erschien in der deutsch-amerikanischen Zeitschrift *Aufbau* eine Übersicht, in der alle Namen der in Stuttgart wieder eingetroffenen jüdischen Personen einschließlich Adresse aufgeführt wurden.

Der Militärrabbiner Eskin setzte sich auch dafür ein, dass bald Räumlichkeiten zur Verfügung standen, in denen sich die jüdischen Menschen treffen und Gottesdienste abhalten konnten. Dafür wurde das Haus Reinsburgstraße 26 beschlagnahmt, das frühere Haus der Familie Marx. Zwei große Räume im ersten Stock wurden zu einem Betsaal umgebaut. Am 2. Juni 1945 fand unter Leitung von Rabbiner Eskin der erste öffentliche jüdische Gottesdienst in Stuttgart nach Kriegsende statt. Wenig später konstituierte sich ein provisorischer Vorstand der so genannten *Israelitischen Kultusvereinigung in Württemberg*, zunächst als eingetragener Verein. Man verstand sich als Rechtsnachfolgerin aller früheren jüdischen Gemeinden, Vereine und sonstiger Institutionen im Gebiet von Württemberg.

Trotz mancher Unterstützung war es für die jüdischen Rückkehrer sehr schwierig, in eine Art normales Leben im kriegszerstörten Stuttgart zurückzufinden und normale Beziehungen zu der nichtjüdischen Bevölkerung aufzubauen. Durch die Berufsverbote in der NS-Zeit, durch Beschlagnahmung ihrer Häuser und ihres Vermögen durch die Nationalsozialisten, physisch und psychisch durch das Erlittene teilweise schwerst gezeichnet, war es ungeheuer schwierig für alle, diesen Neubeginn zu verwirklichen.

Auch außerhalb Stuttgarts waren in den Orten mit früheren jüdischen Gemeinden überall nur ganz wenige jüdische Personen zurückgekehrt. Vereinzelt kam es zu vorübergehenden Neubegründungen jüdischer Gemeinden wie in Esslingen oder Bad Mergentheim, wo sogar an beiden Orten die früheren Synagogen zeitweise wieder eröffnet wurden. Aber nach wenigen Monaten wurde auch hier deutlich: Es kamen keine weiteren zurück, jüdisches Gemeindeleben war nicht mehr möglich. Ende 1945 gehörten gerade etwa 300 Personen in ganz Württemberg zur *Israelitischen Kultusvereinigung* mit Sitz in Stuttgart.

Bis zum Sommer 1946 kam es dann zu einem völlig unerwarteten Zuwachs, was die jüdische Bevölkerung in Württemberg-Baden betraf. Der Grund war, dass die amerikanische Besatzungszone in Deutschland damals zentrale Aufnahmeregion für jüdische Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern, vor allem aus Polen, wurde. Die erste Gruppe dieser jüdischen Displaced Persons in Württemberg umfasste diejenigen Personen, welche die Außenkommandos des KZ Natzweiler überlebt hatten und die nach der Befreiung aus den Lagern oder nach der Befreiung von den Todesmärschen unterzubringen waren. Noch im Herbst 1945 wurden Überlebende des Konzentrationslagers Vaihingen/Enz nach Stuttgart überführt; es handelte sich fast durchweg um polnische Juden aus dem früheren Ghetto Radom. Um sie unterzubringen, wurden mehrere Häuser in der oberen Reinsburgstraße unweit des Westbahnhofes von der Militärregierung beschlagnahmt. Dazu kam ein weiteres Lager in Stuttgart in der ehemaligen Reichssportschule in Degerloch.

Mehrere Tausend weitere, direkt aus Polen stammende jüdische Flüchtlinge – also nicht Überlebende von hiesigen Konzentrationslagern und Außenkommandos – kamen im Sommer 1946 dazu. Dazu muss man wissen, dass beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen 1939 mehrere Hunderttausend polnische Juden in die Westukraine und Westweißrussland geflohen waren. Die meisten von ihnen wurden dort jedoch von den Sowjets verhaftet und in Lager nach Sibirien deportiert. Anfang 1942 gab es im asiatischen Teil Russlands etwa 600.000 polnische Juden. Nur ein Viertel von ihnen, etwa 150.000, konnte in den Monaten nach Kriegsende nach Polen zurückkehren. Die Mehrheit war in den

Lagern Sibiriens umgekommen. Die meisten dieser Rückkehrer konnten oder wollten aber nicht in Polen bleiben, weil sie dort ein antisemitisches Klima bis hin zur Pogromstimmung vorfanden. Daher entschlossen sich immer mehr polnische Juden, in den Westen zu fliehen und die Camps der Displaced Persons in den Westzonen zu erreichen, um von dort aus die Auswanderung nach Palästina zu betreiben.

Allein zwischen Juli und Oktober 1946 erreichten 90.000 Juden aus Polen die amerikanische Zone, 70.000 kamen nach Deutschland, 20.000 nach Österreich. Während in der britischen Zone nur eine geringe Zahl von jüdischen Flüchtlingen aufgenommen wurde, waren die Amerikaner bereit, vertriebenen Ostjuden Schutz zu bieten und auch spezielle jüdische Flüchtlingslager einzurichten. Die jüdischen Flüchtlinge hofften, allerdings zunächst vergeblich, auf eine schnelle Auswanderung nach Palästina. Die Amerikaner beabsichtigten aber auch, mit den Lagern die Engländer zusätzlich unter Druck zu setzen, um die jüdische Einwanderung nach Palästina zu ermöglichen.

In Stuttgart schufen sich die Displaced Persons ihre eigenen Einrichtungen mit eigenem religiösem Zentrum im Bereich der oberen Reinsburgstraße. Erst allmählich entwickelten sich Beziehungen zu der *Israelitischen Kultusvereinigung* mit dem Sitz in der Reinsburgstraße 26. Für das Jahr 1947 wird berichtet, dass sich mehrere der Displaced Persons aktiv im Gemeindeleben einbrachten und sich auch für die Abhaltung regelmäßiger Gottesdienste einsetzten, und zwar nach orthodoxem Ritus, den die früheren Stuttgarter Juden gar nicht gewohnt waren.

Durch den Zuzug weiterer Personen reichte der Betsaal in der Reinsburgstraße alsbald nicht mehr aus. Die sozialen Aufgaben waren immens; die Neuankömmlinge waren fast alle nach wie vor in gesundheitlich schlechtem Zustand und mussten noch längere Zeit ärztlich und mit Lebensmitteln versorgt werden. Glücklicherweise kam wichtige Hilfe von außen. In New York begann die *Organization of the Jews from Wurttemberg* mit dem Versand von Lebensmittelpaketen. Mehrere hundert Pakete trafen monatlich ein. Auch andere Organisationen engagierten sich wie das *American Joint Distribution Committee* (kurz: Joint) und auch die Hilfsorganisation der Vereinten Nationen *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (abgekürzt UNRRA).

Von 1946 bis 1948 blieb das Neben-, weniger das Miteinander der jüdischen Gruppen in der Reinsburgstraße in Stuttgart bestehen. Eine neue Entwicklung ergab sich mit der Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948. Nun war für die jüdischen Displaced Persons endlich eine zügige Auswanderung aus Deutschland möglich, worauf fast alle gewartet hatten. 5.000 bis 6.000 Personen konnten pro Monat auswandern, so dass von Juli 1947 bis Ende 1950

über 120.000 Displaced Persons aus der amerikanischen Zone nach Israel emigrierten. Das jüdische Lager für Displaced Persons in Stuttgart wurde im Sommer 1949 aufgelöst. In Württemberg lebten im März 1949 nur noch insgesamt 1.441 jüdische Personen, davon 265 Personen, die aus Deutschland stammten.

Jüdische Organisationen forderten 1950 die noch in Deutschland lebenden Juden auf, innerhalb von sechs Wochen ihre Koffer zu packen und nach Israel zu kommen. Nicht alle folgten den Aufruf, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Viele waren in Folge des schrecklichen Leidens in den Konzentrationslagern gesundheitlich weiterhin sehr angeschlagen, hatten Angst vor den Strapazen, die ein neues Leben in Israel mit sich brachte, und manche hatten in den Jahren nach 1945 in Deutschland auch eine Familie gegründet. Doch offiziell gestand man sich diesen Grund nicht ein. Diejenigen, die blieben, sprachen noch sehr lange Zeit davon, dass sie auf gepackten Koffern sitzen würden.

Nachdem die Auswanderungszahlen nach Israel insgesamt zurückgingen, wurde seit Ende 1949 deutlich, dass dennoch so viele jüdische Personen in Stuttgart und Württemberg geblieben waren, dass von einer längeren Existenz einer neuen Gemeinde auszugehen war. Am 30. Juni 1950 stellte die *International Refugee Organization*, die Nachfolgerin der UNRRA, ihre Tätigkeit in Deutschland ein. Von da an gehörte die Fürsorge für die Displaced Persons und ihre Integration ins öffentliche Leben zu den Aufgaben der neu errichteten Bundesrepublik Deutschland. Die noch verbliebenen Displaced Persons schlossen sich der *Israelitischen Kultusvereinigung in Württemberg* an.

In dieser Zeit kam es zu den ersten Überlegungen zum Bau eines neuen jüdischen Gemeindezentrums mit Synagoge und Räumen für die Gemeindeverwaltung anstelle des provisorischen Betsaals in der Reinsburgstraße. Anfang 1950 zeichnete sich die Möglichkeit ab, eine neue Synagoge auf dem Grundstück der 1938 zerstörten alten Synagoge zu erbauen. Hier stand damals noch das Gebäude der früheren jüdischen Schule auf dem Grundstück Hospitalstrasse 36a, das im Krieg zwar ausgebrannt war, aber renoviert werden konnte. Dieses Gebäude wurde zunächst für die Einrichtung von Räumen für die Verwaltung und eines Betsaales in der früheren Turnhalle der jüdischen Schule hergerichtet. Am 8. Juli 1950 konnte dieser neue Betsaal eingeweiht werden. Damals zählte die Gemeinde 681 Gemeindemitglieder, 155 von ihnen waren bereits vor 1933 in Deutschland wohnhaft, die anderen, also drei Viertel der neuen Gemeindeglieder, hatten einen osteuropäischen Hintergrund.

Aufgrund von Zusagen des Landes konnte 1950 eine Finanzierung für die neue Synagoge gefunden werden. Regierungsbaumeister und Gemeindeglied der jüdischen Gemeinde Ernst Guggenheimer plante den Neubau, der 1951/52 erstellt wurde. Die feierliche Einweihung der Synagoge fand am 13. Mai 1952 unter Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Behörden der Stadt, des Landes, der jüdischen Gemeinden und weiteren Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland statt. Die Weiherede hielt Landesrabbiner Dr. Siegbert Izchak Neufeld, der seit Januar 1951 württembergischer Landesrabbiner war. Geschäftsführer Josef Warscher hielt eine sehr bewegende Ansprache, in der er auch auf die vergangenen sieben Jahre des Wiederaufbaus einer jüdischen Gemeinde in Stuttgart und Württemberg mit folgenden Sätzen zurückdachte: „So niederdrückend der Rückblick auf die nahe Vergangenheit ist, die vielleicht das dunkelste Kapitel in unserer Geschichte gebildet hat, so war es uns doch immer wie ein Lichtschein der Hoffnung, dass einzelne und nicht wenige mit dem Herzen und oft auch mit der Tat auf unserer Seite gestanden haben, ungeachtet der Gefahren und Verfolgungen, denen sie sich selbst dadurch aussetzten, bis endlich die Befreiung kam. So haben wir wenigen, die der Vernichtung entgangen sind, 1945 die Zuversicht gehabt, die zerschlagene Gemeinde neu aufzubauen. Dabei waren wir uns bewusst, dass die Zeiten ehemaliger Größe der Gemeinden in Deutschland vorbei sind. Nur darum konnte es und musste es uns gehen, einen kleinen, aber lebendigen Zweig der großen jüdischen Gemeinschaft hier noch zu hegen und zu pflegen. So haben wir unsere Gemeindegemeinschaft aufgefasst und in diesem Rahmen haben wir auch den Aufbau unserer Synagoge und unseres Gemeindehauses als eines – und zwar des einzigen – Zentrums jüdischen Lebens für das ganze Land erstrebt...“

Zusammenfassung der Diskussion

An Herrn Ulmer wird die Frage gerichtet, ob es nicht methodisch sinnvoller sei, bei einer Untersuchung zum Antisemitismus die politischen Verhältnisse und die gesellschaftlichen Kontexte stärker zu berücksichtigen. Herr Ulmer erläutert, dass er in seiner Dissertation die Kontexte stärker herausgearbeitet habe als dies im Vortrag dargelegt werden konnte. Sein methodischer Ansatz sei ein Vier-Stufen-Modell. Ein latenter Antisemitismus sei zwar weit verbreitet gewesen, lasse sich aber oft nicht leicht festmachen; er sei vor allem dann sichtbar geworden, wenn es zu Konflikten kam. Es sei auf jeden Fall zu konstatieren, dass sich ab 1890 der Antisemitismus verändere; ab diesem Zeitpunkt sei er stärker in die Berufsverbände integriert gewesen. Codierte und differenzierte Formen des Antisemitismus wären offenbar geworden. Auffallend sei, dass sich moderate nationale Gruppierungen nicht von den radikalen Gruppen abgegrenzt hätten.

Eine weitere Frage zielt darauf, ob der I. Weltkrieg eine Rolle in bezug auf Judenfeindschaft gespielt habe. Nach Aussage von Herrn Ulmer war dies nicht der Fall. Eine große Bedeutung habe aber der Kreditwucherdiskurs im Landtag gehabt. Festzuhalten bleibe, dass es bis 1933 Kontinuitäten im Antisemitismus gegeben habe, aber trotz Veränderungen keine Zäsur. Der Paradigmenwechsel kam dann 1933.

Zum Vortrag von Frau Rueß wird angemerkt, dass der Beitrag anhand der dargestellten Einzelschicksale das ganze Ausmaß der Tragödie an Menschen verdeutliche, die in Deutschland verwurzelt waren. Daran schließt sich die Frage an, ob Frau Rueß bei ihren Untersuchungen Anhaltspunkte gefunden habe zu den gesellschaftlichen Kontakten zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung. Nicht die gesamte deutsche Bevölkerung sei ja antisemitisch "infiziert" gewesen. Frau Rueß berichtet, dass die von ihr untersuchten jüdischen Ärzte in Stuttgart gut integriert gewesen seien und Kontakte zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten unterhalten hätten. Es gab sogar noch einen Zuzug nach 1933, zum Beispiel sei ein Medizinprofessor aus Gera, der dort bereits alles

verloren habe, 1933 nach Stuttgart gekommen und habe eine Privatpraxis eröffnet, da er gehört hatte, dass die Situation in Stuttgart besser sei als in anderen Städten. Während es ansonsten in bezug auf die Schicksale viele Parallelen zu anderen Städten gebe, auch was die Zahl der Emigrationen und die Emigrationsländer betreffe, sei es ein besonderes Merkmal für Stuttgart, dass die jüdischen Ärzte stark, zum Teil seit Generationen, im Südwesten verwurzelt waren.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist der Aspekt, welche Wirkungen das Verfolgungsgeschehen auf die religiösen Gefühle der Juden hatte, ob es zu einer stärkeren Hinwendung oder eher zu einer Abkehr von der Religion geführt habe. Landesrabbiner Wurmser bemerkt, dass es alle Möglichkeiten und Formen sowie auch Entwicklungen gegeben habe. Auch in den Konzentrationslagern habe es eine religiöse Praxis gegeben, und selbst in den schlimmsten Verfolgungszeiten wären noch Versuche unternommen worden, wenigstens rudimentär eine religiöse Praxis zu leben. Aber es habe auch Personen gegeben, die sich von der Religion abwandten, vor allem auch in der zweiten Generation. Eine Teilnehmerin ergänzt, dass deutsche Juden vor 1933 zum Teil so assimiliert waren, dass die Religion keine große Rolle mehr spielte, und wenn man religiös gewesen sei, habe man ein liberales Judentum praktiziert. Dagegen seien die polnischen Juden sehr religiös und in der Regel orthodox eingestellt gewesen. Nach dem Krieg habe es viele Juden gegeben, die aus den Konzentrationslagern kamen und sich aufgrund des Erlebten von der Religion abwandten; zum Teil sei die Religiosität später aber wieder zurückgekommen.

Dr. Hahn schildert in diesem Kontext ein persönliches Erlebnis: Als er 1971 zum ersten Mal in Israel war, begegnete ihm im Kibbuz ein osteuropäischer Jude, der das Konzentrationslager überlebt hatte und der immer wieder betonte, nur deshalb überlebt zu haben, weil er so viel religiöses Gedankengut in sich getragen habe, das ihm geholfen habe.

Abschließend wird noch einmal das Spannungsfeld zwischen Integration und Assimilation auf der einen und Ausgrenzung und Judenfeindschaft auf der anderen Seite, in dem sich jüdisches Leben vor 1933 bewegt hat, angesprochen. Herr Ulmer merkt dazu an, dass die Integration der jüdischen Bürger in Stuttgart im Kaiserreich in Teilen stärker war als in der Weimarer Republik, wo die Integration sukzessive zurückgenommen wurde. Außerdem müsse man unterscheiden zwischen Arbeitskontakten, die bis 1933 und zum Teil auch noch später sehr gut waren, und persönlichen Beziehungen und Freundschaften zwischen Juden und Nichtjuden, die eher die Ausnahme darstellten. Gerade auf diese besonders starke Integration im Arbeitsleben habe der nationalsozialistische Staat sofort eingewirkt mit Boykott und Ausgrenzung.

Teilnehmerliste

1	Albrecht, Hermann	Sachsenheim
2	Anders, Iris	Stuttgart
3	Arndt, Michael	
4	Back, Nikolaus	Filderstadt
5	Baßler, Lotte	Stuttgart
6	Bayteena, Maria	
7	Bickhoff, Nicole, Dr.	Stuttgart
8	Borth, Wilhelm	Reutlingen
9	Bührlen-Grabinger, Christine	Stuttgart
10	Drimmer, Beatrice	Stuttgart
11	Drimmer, Samuel	Stuttgart
12	Ernst, Albrecht, Dr.	Stuttgart
13	Gaisberg-Schöckingen, Friedrich Frhr. von	Ditzingen
14	Gerber, Helmut, Dr.	Stuttgart
15	Gies, Karl Gustav	Leinfelden-Echterdingen
16	Göttler, Maria	Stuttgart
17	Hahn, Joachim, Dr.	Plochingen
18	Hirschfeld, Gerhard, Prof. Dr.	Stuttgart
19	Hofacker, Hans-Georg, Dr.	Wolfschlugen
20	Hummel, Karl-Martin	Stuttgart
21	Kaufmann, Christel	Leonberg
22	Kaufmann, Wolfgang	Leonberg
23	Keyler, Regina, Dr.	Stuttgart
24	Kraus, Werner	Kornwestheim
25	Kretschmaier, Ursula	Stuttgart
26	Kühnle, Ernst	Leinfelden-Echterdingen
27	Kümmel, Doris	Stuttgart
28	Mährle, Wolfgang, Dr.	Stuttgart
29	Mauch, Victor	Weil i. Schönbuch
30	Maurer, Hans-Martin, Prof. Dr.	Stuttgart
31	Motzer, Dorothea	Murrhardt
32	Peters, Heinrike, Dr.	Stuttgart
33	Randecker, Günter	Dettingen
34	Redies, Anke	Stuttgart
35	Redies, Rainer	Stuttgart
36	Renz, Johannes	Stuttgart

37	Riexinger, Hans Erich	Weil i. Schönbuch
38	Rückert, Peter, Dr.	Stuttgart
39	Rueß, Susanne	Stuttgart
40	Schaber, Irene	Schorndorf
41	Schäffner, Hermann	Stuttgart
42	Strecker, Hans-Jürgen	Stuttgart
43	Strittmatter, Kathrin	Bammental
44	Theil, Bernhard, Dr.	Stuttgart
45	Thierfelder, Lutz	Stuttgart
46	Ulmer, Martin	Tübingen
47	Weber, Alwin	Oberndorf a. N.
48	Widmann, Rudolf	Ehningen
49	Wilke, Peter	Jesingen
50	Wurmser, Nethanel	Stuttgart